



Verband Berlin-Brandenburgischer
Wohnungsunternehmen e.V.

NEUES TARIFMODELL DER BERLINER WASSERBETRIEBE: BBU FORDERT SPD-FRAKTION ZU GENAUER PRÜFUNG AUF

20.04.2007 Fachinformation

Einführung von Grundpreisen könnte Zähleraustauschprogramm erforderlich machen Die SPD-Fraktion im Abgeordnetenhaus wird sich am kommenden Dienstag mit dem neuen Tarifmodell der Berliner Wasserbetriebe beschäftigen. Die Zustimmung der Fraktion ist wichtige Voraussetzung für die Implementierung der neuen Tarifstruktur ab 1. Juli. Aus diesem Anlass bekundet der Verband Berlin-Brandenburgischer Wohnungsunternehmen e.V. (BBU) erneut seine Ablehnung der geplanten Einführung von Grund- und Arbeitspreisen. "Die geplante Tarifstruktur erhöht die schon jetzt bestehende Intransparenz bei den Wasserpreisen in Berlin. Die Abgeordneten müssen sie daher genau prüfen", so BBU-Vorstandsmitglied Ludwig Burkardt. "Die neue Tarifstruktur birgt die Gefahr, dass zukünftige Tarifierhöhungen durch das Dickicht aus Grund- und Arbeitspreisen verschleiert werden. Wir fordern daher eine Offenlegung der Kalkulationen der BWB." Der BBU bekräftigte seine Kritik an der bei den kleinsten Zählergrößen (QN 2,5 und QN 6) geplanten Unterteilung in insgesamt sieben Verbrauchsfälle: "Das schafft für die Berliner Verbraucher mehr Intransparenz." Unter den deutschen Großstädten habe nur Leipzig ein vergleichbares Modell eingeführt. "Bei allen anderen wird bei den einzelnen Zählergrößen nicht zusätzlich nach Verbrauch differenziert. Eine solch komplizierte Tarifstruktur kann späteren Preiserhöhungen Tür und Tor öffnen." Die Politik müsse endlich dafür sorgen, dass die BWB ihre Tarifikalkulationen offen legen. In seiner Stellungnahme weist der BBU auch darauf hin, dass mit dem neuen Tarifmodell auf die Wasserbetriebe ein großes Austauschprogramm für Wasserzähler zukommen könnte. Nach Erkenntnissen des Verbandes seien die Zählergrößen in Berliner Wohngebäuden oft überdimensioniert: "In vielen Wohngebäuden haben die BWB Hauptwasserzähler installiert, die größer sind als es dem tatsächlichen Bedarf dort entspricht", so BBU-Vorstandsmitglied Ludwig Burkardt. Das könnte bei dem geplanten neuen Modell dann unnötig höhere Grundpreise zur Folge haben. In einem ähnlichen Fall in Leipzig habe ein Gericht entschieden, dass die Verbraucher einen Anspruch auf ihren Bedürfnissen angepasste Zählergrößen hätten. "Wir fordern die Politik daher auf, das neue Tarifmodell gegebenenfalls an ein Zähleraustauschprogramm zu knüpfen." Der BBU zeigte sich zudem verwundert, dass er als größter wohnungswirtschaftlicher Verband der Stadt nicht stärker an den Beratungen über die neue Tarifstruktur beteiligt worden sei. "Unsere Mitgliedsunternehmen bewirtschaften 41 Prozent des Berliner Mitwohnungsbestandes. Bei ihnen wohnen 1,1 Millionen Berlinerinnen und Berliner. Sie sind als Verbraucher von den in Berlin ohnehin schon hohen Wasserpreisen betroffen. Wenn sich die Tarifstruktur jetzt ändert, geht das auch sie etwas an", sagte Burkardt. "Statt die Tarifstruktur zu verändern, sollten die BWB lieber etwas gegen die in Berlin im bundesweiten Vergleich sehr hohen Wasserpreise machen."

<https://bbu.de/beitraege/neues-tarifmodell-der-berliner-wasserbetriebe-bbu-fordert-spd-fraktion-zu-genauer-pruefung-auf>